

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Alee.

II. Jahrgang.

Berlin, Montag, den 16. Juli 1883.

N^o 74.

„Despotische Regierungsform.“

Die fortschrittlichen Blätter sind eifrig bemüht, die Resultate der letzten Landtags- und Reichstagsession für ihre Zwecke auszuheben und als „freiheitsfeindlich“ darzustellen. Daß dies nur in ebenso verschwommenen wie abgedroschenen Redensarten geschieht, kann nicht Wunder nehmen: einmal ist das so ihre Art und dann würden sie — daß sind sie sich wohl bewußt — sich selbst in's Fleisch schneiden, wenn sie die großen und günstigen Erfolge der hinter uns liegenden parlamentarischen Periode im Einzelnen als Belege für ihre Anschauung anführen wollten. Es könnte sich ereignen, daß bei der Beurtheilung im Einzelnen die sonst gläubigen Leser den Kopf schütteln und Widerspruch erheben würden: deshalb ziehen sie es vor, lieber in Bausch und Bogen von den „traurigen Früchten reactionärer Bestrebungen“ zu sprechen, gewohnt, daß ihre Anhänger ihnen nicht auf den Zahn fühlen, sondern den Schall allbekannter Klagelieder, ohne sich viel zu besinnen, als Echo weiter tragen werden.

So wird in einem Blatt aus den Ereignissen der letzt vergangenen Monate und Jahre der Beweis geführt — nein, das wäre zu viel gesagt, die Beweisführung wird vielmehr unterlassen — es wird der Schluß gezogen und die kühne Behauptung aufgestellt, daß „die in den sogenannten „maßgebenden“ Kreisen herrschende politische Strömung geradezu auf die tatsächliche Wiederherstellung der bürokratisch-absolutistischen oder, um es ganz unzweideutig zu sagen, der despotischen Regierungsform gerichtet ist.“ Das Blatt meint, es sei hierüber in der letzten parlamentarischen Saison die letzte Möglichkeit eines Zweifels genommen, und in Wirklichkeit zweifle auch Niemand daran.

Eigentlich verlohnt es sich nicht, auf diesen höchst sonderbaren und merkwürdigen Einfall etwas zu erwidern, da wir überzeugt sind, daß Niemand — selbst nicht der Artikelschreiber jenes Blattes — im Ernst an das Vorhandensein eines Strebens nach „despotischer Regierungsform“ glaubt. Jeder braucht nur sich und seine persönliche Lage, seine persönliche Freiheit und das Maß seiner politischen Rechte zu überdenken, um sich zu sagen, daß weder von „maßgebender“ Seite an ein solches Streben gedacht wird, noch ein solches Streben überhaupt möglich ist.

Wenn wir trotzdem ein Wort der Erwiderung auf jenen Angriff haben, so geschieht dies nur, weil uns soeben das Urtheil eines gewiß vorurtheilslosen und liberalen Mannes unter die Augen kommt, welches den Fürsten Bismarck gegen den Vorwurf des Despotismus — dieser Vorwurf ist in letzter Linie stets und so auch jetzt gegen den Kanzler gerichtet — in Schutz nimmt.

Der frühere Gesandte der Vereinigten Staaten Nordamerikas am Berliner Hofe, Herr White, hat sich nämlich am Ende des vorigen Jahres in einem Vortrage in New-York hierüber folgendermaßen ausgesprochen:

... Fürst Bismarck hat sich schon längst gewöhnt, die Regierung im Gegensatz zur Majorität zu leiten. Die Gerechtigkeit verlangt es, zu sagen, daß sein Ausharren im Amt nicht die Folge despotischer Laune oder eigennütziger Hartnäckigkeit ist. Er weigert sich einfach, dem in Europa herrschend gewordenen englischen Konstitutionalismus beizupflichten. Und mag man auch noch so sehr mit der freiheitsliebenden Partei, die ihm gegenwärtig opponirt, sympathisiren, man muß doch dem Glauben sich hingeben, Fürst Bismarck habe instinktmäßig die richtige Bahn betreten. Denn das große Mißgeschick der konstitutionellen europäischen Staaten scheint die blinde Nachahmung der englischen Verfassung zu sein, welche die Exekutive, d. i. die Regierungsgewalt, von dem Willen, ja selbst von der Laune der Legislative abhängig macht. Was durch geschichtliche und soziale Verhältnisse zum Besten für England ausgeschlagen, kann nicht direkt maßgebend für die Kontinentalmächte sein. Ein System, das bei jedem so häufig wiederkehrenden Wechsel der Ministerien sofort alle Männer voll Ehrgeiz in den gesetzgebenden Körpern zu Komplotten treibt, um

möglichst viele Plätze in der allgemeinen Aufregung sich zu sichern, ein solches System kann unmöglich der Volkswohlthat, weder in finanzieller, noch in moralischer Beziehung förderlich sein.

Hierin ist zugleich gesagt, weshalb die Opposition den Vorwurf des Despotismus erhebt: sie will die Regierungsgewalt unter die Herrschaft des Parlaments bringen, sie will den englischen Konstitutionalismus, und da sie ihn nicht hat und nicht haben kann, wird Ach! und Weh! über unsere politischen Zustände geschrien.

Doch in einem Punkte giebt auch Herr White sich einem Irrthum hin. Fürst Bismarck leitet die Regierung nicht im Gegensatz zur Majorität. Alle Gesetze, die zu Stande gekommen sind, sind es durch Majoritäten, wenn auch durch verschiedenartige und wechselnde; — wo eine Majorität im Parlament nicht vorhanden war, ist nichts geschehen, was auf ein Regieren gegen den Willen „der Majorität“ hindeuten könnte.

Was die fortschrittliche Opposition als Streben nach „despotischer Regierungsform“ bezeichnet, ist weiter nichts als ein Widerstand gegen das demagogische Treiben der Opposition und gegen ihr Streben, unsere Verfassungsstände nach ihrem Parteiideal umzumodeln. Aber gerade hierin steht dem Fürsten Bismarck sowohl die Majorität in den parlamentarischen Körperschaften, wie im ganzen Volke zur Seite, und hierin wird sich das Volk auch durch das unsinnigste aller Schlagworte „despotische Regierungsform“ gewiß auch in Zukunft nicht beirren lassen.

Die Nachwahlen.

Die Fortschrittspartei ist bei den bisherigen Nachwahlen zum Reichstage nicht glücklich gewesen: in Hamburg ist ihr Candidat dem Socialdemokraten Bebel, in Neustadt-Landau in der Pfalz einem Nationalliberalen unterlegen. Fortschrittliche Blätter schreien in dem einen wie im anderen Falle über Verrath, nur ein Blatt ist ehrlich genug, einzugestehen, daß die rücksichtslose Agitation der Fortschrittspartei in Hamburg wesentlich Schuld an ihrer Niederlage sei.

Jetzt kommt nun auch das fortschrittliche Parteiorgan „die Parlamentarische Correspondenz“ und erklärt es für einen Fehler, daß Herr Eugen Richter in Landau einen Tag vor der Wahl gesprochen. Sie macht freilich nicht den Redner, sondern das dortige Wahlcomitee hierfür verantwortlich und zieht aus dem Mißerfolg den Schluß, daß es nicht gut sei, einen Tag vorher zu reden: die Rede hätte früher gehalten werden müssen.

Man sieht hieraus, welche geringe Meinung die Fortschrittspartei von den Factoren hat, welche bei einer Wahl den Ausschlag geben. Rein äußerliche, gewissermaßen technische Umstände bedingen nach ihrer Meinung Sieg oder Niederlage und nur diejenige Partei, welche in der Wühlerei besonders geschickt vorgeht, erhält den Preis.

Eine geringere Meinung von dem Wahlgeschäft — und somit also auch von dem Werthe der erfolgten Wahl — kann man wirklich nicht haben. Ebenso kann man auch sagen, Geld, kräftige Lungen und Arme sind allein ausschlaggebend. Wenn aber wirklich nur solche Neckerlichkeiten den Sieg und das Schicksal des Vaterlandes entscheiden sollten, dann könnte man nur mit Bangen und Sorgen um die Entwicklung in die Zukunft sehen.

Aber die Fortschrittspartei irrt sich, wenn sie meint, daß ihre zukünftige Macht allein von einer Vermeidung aller technischen Fehler und von einer geschickten Entfaltung aller möglichen und unmöglichen materiellen Mittel abhängen werde. Man wird zwar diese nie unterschätzen dürfen, ja sie sind ein sehr nothwendiger Bestandtheil des Wahlgeschäfts. Aber schließlich ist doch die im Volke wohnende Sympathie für die eine oder die andere politische

Richtung und die Stärke und Lebhaftigkeit dieser Sympathie ein sehr wesentliches Moment für den Ausfall der Wahl.

Wenn die Fortschrittspartei geschlagen worden, so sind daran nicht nur ihre Wahlsünden, sondern in erster Linie ihre Parlamentssünden Schuld. Wir haben zwar keinen Grund, mit Befriedigung auf die Hamburger Wahl zu blicken, wir sehen aber doch in derselben, ebenso wie in der Neustadt-Landauer Wahl, ein Zeichen der wachsenden Abneigung gegen das sich im Parlament immer breiter machende und immer wüster auftretende Fortschrittlerthum. Man ist in den weitesten Kreisen des Landes satt, den die Fortschrittler gegen die Regierung und gegen alle bestehenden Einrichtungen angeschlagen haben, und zwar gerade deshalb satt, weil die fortschrittliche Opposition nichts weiter vermag, als ihre längst bekannte, vor zwanzig Jahren einstudirte Rolle immer wieder von Neuem zu spielen. Längst abgenutzte Waffen werden von Neuem aus ihrer Kiste- und Rumpelkammer hervorgeholt, über „Militarismus“, „Bedrückung des Volks“, „freiheitswidrige Politik“ wird geklagt, — kurz, die Fortschrittspartei kann nicht verlangen, daß sie heute noch hiermit denselben Eindruck macht, wie vor zwanzig Jahren. Trotz aller fast unglaublichen Anstrengungen vermag sie kein Terrain zu gewinnen: „die Linksschiebung unter den Wählern hat, wie sogar ein secessionistisches Blatt zugehen muß, ihren Abschluß erreicht.“

Das ist es, was die Niederlagen der Fortschrittspartei bedeuten. Ohne dieselben zu überschätzen, halten wir doch daran fest, daß sie mehr als Zufall sind. Entspreche die Stimmung der Bevölkerung auch nur einigermaßen dem siegesgewissen Auftreten der Partei im Parlament, so hätte sich in beiden Wahlkreisen die Waagschale sofort und zwar sehr entschieden zu ihren Gunsten neigen müssen. Aber es fehlt ihren lauten Klagerufen der Resonanzboden, seitdem dem Volk durch die Politik der letzten Jahre zum Bewußtsein gekommen ist, daß die lebhaften Bemühungen um eine Besserung der wirtschaftlichen und materiellen Lage mehr Werth haben, als das Streben nach parlamentarischer Machterweiterung, die den untersten Volksklassen wahrlich nicht zu Gute kommen würde, und daß jene Bemühungen — den Prophezeihungen der Fortschrittspartei zum Trotz — schon mit sichtlich gutem Erfolg gekrönt worden sind.

Ernteaussichten.

Die jetzt aus allen preussischen Provinzen vorliegenden Berichte über den gegenwärtigen Stand der Ernteaussichten bestätigen unsere wiederholt gemachte Bemerkung, daß die zu Beginn des Frühjahrs verbreiteten Berichte über die Saaten durchaus nicht maßgebend sind, da erst die Witterung der nächsten Monate, namentlich des Mai und Juni, von entscheidendem Einfluß zu sein pflegt. Die meisten Frühjahrsberichte lauteten sehr ungünstig, wogegen jetzt von verschiedenen Seiten gemeldet wird, daß die Winterschäden fast überall überwunden und ausgeglichen sind und daß im Ganzen eine Mittelernte, d. h. eine zufriedenstellende Ernte zu erwarten ist. Wenn in einigen Landestheilen die Aussichten weniger günstig sind, so ist das nicht mehr Folge der Winterschäden, sondern der ungewöhnlich lang andauernden Trockenheit der letzten Monate.

Im Allgemeinen scheint die Ernte in den östlichen Provinzen sich besser zu gestalten als in den übrigen Landestheilen. In Ostpreußen hatte sich durch verspätete Frühjahrsbestellung das Wachstum der Saaten etwas verzögert, die anfänglich fruchtbare Witterung hat jedoch die Winter- wie die Sommerstaaten erheblich gefördert, so daß erstere durchschnittlich einen guten Ertrag versprechen und auch letztere zu guten Erwartungen berechtigen. Winter-Weizen und Roggen versprechen einen Durchschnittsertrag, im Regierungsbezirk Gumbinnen sogar einen guten Ertrag; dagegen sind die Aussichten der Klee- und Heu-Ernte weniger günstig. Ähnlich lauten die Nachrichten aus Westpreußen. Das Wintergetreide berechtigt, was Körnerertrag betrifft, zu der Hoffnung auf eine Mittelernte, doch wird der Strohertrag voraussichtlich gering sein. Auch aus Schlesien sind im Ganzen nicht ungünstige Berichte eingegangen, doch haben dort in den Niederungen die Ueberschwemmungen großen Schaden verursacht. Abweichend von den erstgenannten Provinzen meldet der Regierungsbezirk Liegnitz, daß dort der Stand des Sommergetreides im Ganzen ein guter ist, das Wintergetreide dagegen auch auf besserem Boden dünn steht, wenn auch die Aeihren gut entwickelt sind. Die Aussichten in Brandenburg und Pommern sind weniger erfreulich. In Brandenburg steht besonders das Sommerkorn schlecht, der Halm ist vielfach vor dem Reifen des Kornes verdorrt; am traurigsten steht es aber mit den Futterkräutern und den Wiesen, jedoch kann bei günstigen Witterungsverhältnissen der zweite Schnitt noch recht gut werden, so daß Besorgnisse wegen Futtermangels jedenfalls ver-

früht sind. In Pommern gewährt das Winterkorn noch eine leidliche Aussicht; verhältnismäßig steht der Roggen noch besser, der Weizen bleibt aber hinter einer Durchschnitts-Ernte zurück. Im Regierungsbezirk Stralsund rechnet man indes hinsichtlich des Winterkorns noch auf eine Mittelernte. In Posen wird ein befriedigender Ertrag erwartet; im Regierungsbezirk Bromberg stehen sogar die Saaten zum Theil vorzüglich. Der früh gesäte Roggen hat schöne Aeihren und verspricht einen hohen Körnerertrag. In einzelnen Theilen der Provinzen Sachsen und Hannover rechnet man auf eine Mittelernte, hin und wieder sogar auf eine recht gute, im Allgemeinen aber hat gerade dort und besonders auch in Schleswig-Holstein die lang anhaltende Dürre großen Schaden angerichtet, der kaum mehr auszugleichen sein wird. Auch die Rhein- Provinz und Westfalen, besonders aber Hessen-Nassau rechnen nur auf eine mäßige Ernte.

Die Kartoffelernte scheint weit besser zu werden, als man bisher erwartete; vielfach steht sogar ein reicher Ertrag in Aussicht. Dagegen geben die Delisaaten, die nur in Schleswig-Holstein sich gut entwickelt haben, vielfach zu Klagen Anlaß. Die Hackfrüchte haben sich in den meisten Gegenden neuerdings recht erholt und versprechen einen guten Ertrag.

Die Aussichten für den Wein werden als sehr erfreulich bezeichnet, in verschiedenen Gegenden auch die des Baumobstes, während dies in anderen Theilen der Monarchie durch die Trockenheit der Witterung gelitten hat.

Neuigkeiten aus der Verwaltung.

† In sämtlichen Provinzen des Staats ist die Verwaltung der Provinzialangelegenheiten in einer Hand vereinigt und unter der gesetzlich geordneten Mitwirkung der Provinzialvertretung entweder einem von der letzteren erwählten Einzelbeamten, dem s. g. Landesdirektor, oder einem dazu bestellten Kollegium übertragen. Nur die Provinz Posen macht hiervon eine Ausnahme. In derselben besteht noch jetzt die aus früherer Zeit übernommene Einrichtung, daß die verschiedenen provinziellen Verwaltungszweige — das Landarmen- und Corrigendenwesen, die Fürsorge für den Chauffee- und Wegebau, die Anstalten für die Pflege von Irren, Taubstummen und Blinden, die Provinzialhilfskasse, die Provinzialfeuerocietät u. s. w. — getrennt sind, und eine jede für sich unter der oberen Leitung des Oberpräsidenten und unter Mitwirkung von provinzialständischen Kommissionen von Staatsbeamten verwaltet wird. Diese Einrichtung hat sich durchaus bewährt und der erfolgreichen Thätigkeit der zur Verwaltung der einzelnen Provinzialinstitute berufenen Staatsbeamten ist es nicht am wenigsten zu verdanken, daß die Provinz Posen gegen andere Provinzen nicht nur in keiner Beziehung zurückgeblieben ist, sondern im Gegentheil sich denselben mit ihren muster-gültigen Einrichtungen völlig ebenbürtig zur Seite stellen kann.

Demungeachtet hat sich, nachdem inzwischen der Kreis der der provinziellen Selbstverwaltung zugewiesenen Aufgaben fortgesetzt erweitert hat, und die Anforderungen an die einzelnen Verwaltungen stetig gestiegen sind, bereits seit längerer Zeit im Schooße der Provinzialvertretung der Wunsch geltend gemacht, behufs Vereinfachung der allerdings komplizierten und ziemlich kostspieligen Verwaltung das bisherige Verhältniß aufzuheben, und unter Zusammenfassung aller jetzt getrennten Verwaltungen auch in der Provinz Posen nach dem Vorbild der übrigen Provinzen eine einheitliche Organisation herzustellen. Zu diesem Ende ist auf dem letzten, im Herbst vorigen Jahres versammelt gewesenen Provinziallandtage von einzelnen Mitgliedern ein hierauf abzielendes Provinzialstatut vorgeschlagen und vom Provinziallandtage einstimmig angenommen worden. Der wesentliche Inhalt desselben ging dahin, daß ein aus dem Landtagsmarschall, dessen Stellvertreter, dem Landesdirektor und sechs vom Könige aus der Reihe der Provinziallandtagsabgeordneten zu ernennenden Deputirten bestehender „Landesausschuß des Großherzogthums Posen“ gebildet und demselben die gesammte Verwaltung des provinzialständischen Vermögens und der provinzialständischen Anstalten übertragen werden sollte. Dem Landesdirektor, welcher ebenfalls vom Könige ernannt werden sollte, war die selbstständige Wahrnehmung der laufenden Verwaltungsgeschäfte zugebacht, und sollten ihm hierbei mehrere höhere Beamte, darunter ein zum Richteramt befähigter Syndikus zur Seite gestellt werden. Außerdem traf das Statut nähere Bestimmungen über die Rechte und Pflichten der vorerwähnten Verwaltungsorgane, über die Bildung einer Landeskasse, die Führung der staatlichen Aufsicht über den Provinzialverband und Ähnliches, und schloß sich hierbei im Wesentlichen den in andern Provinzen gültigen Bestimmungen an.

Das Statut war mittelst einer besonderen Petition der Provinzialstände dem Könige zur Genehmigung vorgelegt worden. Die erbetene Allerhöchste Entscheidung ist, wie wir vernehmen, vor Kurzem und zwar im ablehnenden Sinne getroffen worden, so daß es in der Provinz Posen vorläufig bei dem jetzigen Zustande verbleiben wird. Wie wir annehmen, dürfte bei dieser Entscheidung die Erwägung maßgebend gewesen sein, daß trotz mancher Vortheile, welche eine Gesamtorganisation der Provinzial-

Verwaltung an und für sich bieten würde, doch gegenüber den eigentümlichen Verhältnissen der Provinz — in den Vorschlägen des Provinzial-Landtages eine ausreichende Bürgschaft für eine den provinziellen, wie den allgemeinen amtlichen Interessen gleich zuträglich Entwicklung der Provinz und ihrer Einrichtungen nicht erblickt werden konnte, und deshalb in der gegenwärtigen Zeit die Genehmigung einer so tief greifenden Aenderung erheblichen Bedenken unterliegen mußte.

Im Anschluß an die Circular-Verfügung vom 6. Januar d. J. hat der Finanzminister neuerdings bestimmt, daß bei einer auf Grund der Verordnung vom 7. September 1879 vorzunehmenden Pfändung von dem Diensteinkommen oder der Pension der Beamten außer den Wittwenkassenbeiträgen auch die nach dem Gesetze vom 20. Mai v. J. zu entrichtenden Wittwen- und Waisenbeiträge vorweg in Abzug zu bringen und erst von dem alsdann verbleibenden Ueberreste die Theilbeiträge zu berechnen sind, welche gesetzlich gepfändet werden dürfen.

Wiederholte Beschwerden darüber, daß in Bezug auf die Behandlung von solchen Personen, welche auf Grund des Strafgesetzbuches der Landespolizeibehörde überwiesen sind und während ihrer vorläufigen Unterbringung im Polizeigewahrsam nach verbüßter gerichtlicher Haft erkranken, nach sehr verschiedenen Grundsätzen verfahren wird, haben zu einer allgemeinen Anordnung Anlaß gegeben, welche die bestehenden Ungleichheiten beseitigen soll. Die Ortspolizeibehörden sollen unverzüglich den Regierungs-Präsidenten von solchen Erkrankungen Anzeige machen und deren Entscheidung einholen, ob der Erkrankte aus dem polizeilichen Gewahrsam zu entlassen ist oder nicht. Zu diesem Behufe ist ein ärztliches Attest über die Art und muthmaßliche Dauer der Krankheit mit einzusenden. Wird die Entlassung beschlossen, so ist dieselbe von der Ortspolizeibehörde in der Weise zu bewirken, daß der Erkrankte dem zur vorläufigen Fürsorge verpflichteten Ortsarmenverbande zur Heilung überwiesen wird. Wird dagegen die Belassung des Erkrankten in dem polizeilichen Gewahrsam verfügt, so hat die Ortspolizeibehörde für die Heilung Sorge zu tragen, wozu die Kosten auf die Staatskasse zu übernehmen sind. In der Regel werden die Regierungs-Präsidenten die Entlassung eines erkrankten Detinenden verfügen und nur dann eine Ausnahme machen, wenn die Heilung in kürzester Zeit wahrscheinlich ist oder wenn ganz besondere Gründe die polizeiliche Festhaltung geboten erscheinen lassen.

In der neuesten Nummer des „Staatsanzeigers“ ist eine Instruction zur Desinfection der Seeschiffe veröffentlicht worden. Der erste Paragraph dieser Instruction führt drei Desinfectionsmittel auf, welche zu verwenden sind, nämlich Carbonsäurelösung, Sublimat und heiße Wasserdämpfe. Die folgenden Paragraphen schreiben weiter vor, in welchen Fällen und wie diese Mittel anzuwenden sind. Die hier näher bezeichnete Art der Desinfection gründet sich, wie uns mitgeteilt wird, auf wissenschaftliche Forschungen. In Folge dessen ist ein Ersatz des Sublimats durch Chlorzink für die Desinfection des Bilgeraumes nicht mehr zulässig, nachdem die Unwirksamkeit des Chlorzinks als Desinfectionsmittel nachgewiesen worden ist. Desgleichen übertreffen die heißen Wasserdämpfe in ihrer desinfectirenden Wirkung alle bisher gebräuchlichen Dämpfe und Gase, die z. B. beim Verbrennen von Schwefel entstehen oder aus Chlorkalk entwickelt werden.

Um die schon früher angeregte Frage wegen Bereitstellung der Desinfectionsräume mit Bezug auf den § 7 der Instruction nunmehr zum Austrage zu bringen, sind die Oberpräsidenten dem Vernehmen nach angewiesen worden, baldigst anzuzeigen, für welche Häfen nach dem Umfange des Schiffsverkehrs und nach der Gesamtlage der örtlichen Verhältnisse die Errichtung von Desinfectionsräumen am geeignetsten erscheint oder ob hierzu etwa Centralstellen an bestimmten Plätzen für den Umfang einer ganzen Provinz vorzuziehen sind.

Die in zweiter Auflage erschienene „Uebersichtskarte der Verwaltungsbezirke der Kgl. Preussischen Eisenbahn-Direktionen“ ist von jetzt ab durch den Buchhandel käuflich zu beziehen. Der Kommissions-Verlag ist der S. Schropp'schen Hof-Landkarten-Handlung zu Berlin übertragen worden.

Politische Tagesfragen.

Der Vicepräsident des Staatsministeriums, Minister des Innern von Puttkamer, ist am Sonnabend, den 14., von seiner Inspektionsreise durch die Eifelgegenden wieder nach Berlin zurückgekehrt.

Je mehr Jahresberichte von Handelskammern und kaufmännischen Corporationen einlaufen, desto mehr erhält man die Gewißheit, daß Handel und Verkehr sich in erfreulicher Lage befinden. Freilich wird in einzelnen Berichten ängstlich vermieden, diesen günstigen Um- und Aufschwung auf die gesammte Wirthschaftspolitik zurückzuführen; es

werden im Gegentheil alle möglichen anderen Ursachen hervorgehoben und betont. So heben die Aeltesten der Magdeburger Kaufmannschaft hervor, „wie sehr das wachsende Vertrauen auf die Dauer des europäischen Friedens und die sich entwickelnde Leistungsfähigkeit der Bevölkerung nach dem Darniederliegen während mehrerer Jahre dazu beigetragen haben, die allgemeine Wohlfahrt zu heben und zu fördern.“ In der That bildet das Vertrauen auf die Dauer des europäischen Friedens einen sehr wesentlichen Factor in der Belebung von Handel und Verkehr: dasselbe verdanken wir aber wesentlich der Politik desjenigen Mannes, welcher auch die Grundlage zu der neuen Wirthschaftspolitik gelegt, und diese ist es allein, welche die Leistungsfähigkeit des Volkes gefördert hat. — Ebenso halten es die Aeltesten der genannten Kaufmannschaft für ihre Pflicht, zu wünschen, „daß die wirthschaftliche Freiheit und Bewegung des geschäftlichen Verkehrs nicht beunruhigt, und daß die durch die freie Concurrenz geregelte Thätigkeit nicht beeinträchtigt werde.“ Dieselben Wünsche wurden vor vier Jahren laut — sie sollten ein Protest gegen die neue Politik und ein Hinweis auf die schädlichen Folgen derselben sein. Und doch ist nichts hiervon eingetreten, vielmehr muß die Magdeburger Kaufmannschaft im Anfang ihres Berichts offen Folgendes bekennen:

„In unserem Bericht für das Jahr 1881 konnten wir schon aussprechen, daß das Geschäftsjahr manche Momente eines lebhafteren Verkehrs gezeigt und daß sich dies besonders in den letzten Monaten des genannten Jahres mehr und mehr in einer langsamen, aber stetig fortschreitenden Aufwärtsbewegung geltend gemacht habe, so daß Handel und Industrie mit den besten Hoffnungen in das Jahr 1882 eintreten konnten. Blicken wir nun gegenwärtig auf das verflossene Jahr zurück, so müssen wir der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß sich unsere Erwartungen erfüllt, daß sich unsere wirthschaftlichen Zustände weiter gehoben haben und daß sich diese Besserung in der vorsichtig gesteigerten aber sicher fortschreitenden und dabei auch lohnenden Production als eine dauernde Kund gegeben hat.“

Wir denken, das genügt!

In dem Jahresbericht der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft für 1882 wird bestätigt, daß der Wagenmangel auf den Eisenbahnen, der im vorangegangenen Jahre mehrfach einen bedauerlichen Umfang angenommen und wiederholt zu beklagenswerthen Störungen im Grubenbetriebe geführt habe, sich im vorigen Jahre trotz der größeren Ansprüche, die an die Leistungen der Bahnen gestellt wurden, zu keiner Zeit erheblich fühlbar gemacht hat. Es wird hierin der Beweis gefunden, daß die Maßregeln, welche von dem Minister der öffentlichen Arbeiten zur Beseitigung des Wagenmangels getroffen worden, im Großen und Ganzen ihren Zweck erfüllt haben.

Ueber den Einfluß der Verstaatlichung der Eisenbahnen auf das wirthschaftliche Leben äußert sich die Handelskammer zu Coblenz in ihrem Jahresbericht für 1882 dahin, daß die königliche Staatsbahnenverwaltung überall das Bestreben gezeigt habe, den gewaltigen Einfluß, den ihr der Besitz so ausgedehnter Bahnanlagen giebt, zu Gunsten des Verkehrs zu verwenden und hinsichtlich des Betriebes berechtigten Wünschen nach Möglichkeit zu entsprechen. Als unleugbare Vortheile der Vereinigung der Bahnen in der Hand des Staates hätten sich gezeigt die Erleichterungen, welche dem Reiseverkehr in der Besetzung der Coupés mit einer geringeren Zahl von Reisenden und der Möglichkeit, Retourbillette auf concurrirenden Linien nach Wahl zu benutzen, gewährt seien. Auch die Einführung ermäßigter Preise für Schüler und Kranke, welche Heilanstalten aufsuchen, sei eine dankenswerthe Neuerung. Für den Güterverkehr komme in Betracht: die Erweiterung der direkten Expedition, vielfach Verkürzung der Transportfristen und unbehinderte Auswahl solcher Linien, welche den wirthschaftlichsten Transport gestatten. Der frühere Wagenmangel sei fast ganz beseitigt; die Bahnen hätten den gestellten Anforderungen im Großen und Ganzen entsprechen können, obgleich diese Anforderungen zeitweilig beträchtlich erhöht worden seien. Dieses erfreuliche Resultat sei einerseits der Neubeschaffung von rollendem Material in großem Maßstabe und andererseits der Umsicht zu danken, mit welcher die königlichen Eisenbahndirektionen durch Schaffung besonderer, die Ausnutzung des vorhandenen Materials erleichternder Wagenbüreaus der drohenden Calamität zu begegnen gewußt hätten.

Die allgemeine Besserung der Lage des Handels und der Industrie und den günstigen Einfluß des Zolltarifs von 1879 auf dieselbe schildert in eingehender Weise und in voller Uebereinstimmung mit der von uns vertretenen Auffassung der Jahresbericht der Handelskammer zu Coblenz für 1882. Wir lesen in demselben u. A.: „In den meisten Branchen, und zwar in allen bedeutenderen, war die Thätigkeit anhaltend eine so lebhafte, daß eine Vermehrung der Arbeitskräfte erforderlich wurde und mehrfach eine Ausdehnung der Anlagen zweckmäßig erschien. Die Zunahme der Gelegenheit zu Arbeit und Verdienst wirkte auf alle wirthschaftlichen Verhältnisse, namentlich aber auf die der arbeitenden Klassen günstig ein.“ — „Daß die eingetretenen günstigeren

Conjuncturen von unserer Industrie ausgenützt werden konnten, daß es ihr möglich war, erfolgreicher als bisher die Concurrenz mit den leistungsfähigsten ausländischen Industrien aufzunehmen, ist nicht das Verdienst unserer thätigen Industriellen allein, sondern muß auch als Zeugniß für die Zweckmäßigkeit unseres derzeitigen Zollsystems gelten, dessen Einführung den Muth und die Unternehmungslust der gewerblichen Kreise neu belebte, daß der einheimischen Produktion den Kampf um den inländischen Markt wesentlich erleichterte, ohne ihr den Wettbewerb auf dem Weltmarkt im Allgemeinen zu erschweren. Die beiden wichtigsten Bedenken, welche dem Zolltarif entgegen gestellt wurden, die vorausgesetzte Abnahme unserer Exportfähigkeit und die Erschwerung der Existenz der arbeitenden Klassen sind durch die Ergebnisse der letzten Jahre thatsächlich widerlegt worden. Der Export hat sich im Jahre 1882 in den meisten Branchen trotz Zollerhöhungen in verschiedenen Nachbarländern so gesteigert, daß wir bei erheblich größerer Einfuhr dennoch eine günstigere Handelsbilanz zu verzeichnen haben, als in den Vorjahren; die Lage der Arbeiter aber hat sich im Großen und Ganzen nicht verschlechtert, sondern im Gegentheil gebessert." Der Bericht geht dann noch näher auf die Verbesserung der Arbeiterverhältnisse ein und constatirt u. A., daß auf den 338 Werken des betreffenden Bezirks, die zum Verein deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller gehören, im Jahre 1879 153,615 Arbeiter mit einem Monatsverdienst von 9,358,794 M., im Januar 1882 aber 192,296 Arbeiter mit 13,293,457 M. Monatslohn beschäftigt waren.

Wir haben schon früher darauf aufmerksam gemacht, daß in den Berichten freihändlerischer Handelskammern sich oft ein Widerspruch findet zwischen den Klagen über den angeblichen Niedergang der Geschäfte und der Konstatirung von thatsächlichen Erscheinungen, welche vielmehr eine Besserung der wirtschaftlichen Lage zur Voraussetzung haben. So weiß auch jetzt wieder u. A. der Jahresbericht des Vorsteher-Amtes der Kaufmannschaft zu Tilsit dem Jahre 1882 in geschäftlicher Beziehung auch nicht ein einziges gutes Wort nachzusagen: der Getreidehandel war bei sinkenden Preisen „wenig lohnend“, der Transthhandel von Rußland erheblich verkleinert, die Flachskultur erfuhr einen bedeutenden Rückgang, das Holzgeschäft besserte sich gegen das Vorjahr nicht, ebenso wenig das Geschäft in Manufakturwaaren, der Export an Eisenwaaren nach Rußland bot die trostlosesten Aussichten, u. s. w. u. s. w. Wenn man alle diese Klagen liest, die nicht den geringsten Schimmer von Hoffnung auf bessere Zeiten durchblicken lassen, so müßte man vermuthen, daß die Bevölkerung von Tilsit der allgemeinen Verarmung entgegengeht. Um so erfreulicher und überraschender wirkt daher die Mittheilung gegen Schluß des Berichts, daß die städtische Sparkasse auch im Jahre 1882 erheblich an Umfang gewonnen hat, indem, während Ende 1881: 776,084 M. an Einlagen verblieben waren, diese am Jahreschluß 1882: 1,015,223 M. betragen, was einer Vermehrung von nahezu 30 Prozent gleichkommt. Rapider Niedergang der Einnahmen und rapides Wachsthum der Ersparnisse — dies zusammenzureimen müssen wir Anderen überlassen.

Im Maiheft der Monatshefte zur Statistik des deutschen Reichs werden auf Grund der vorläufigen Ergebnisse der Berufszählung interessante Mittheilungen über die Vertheilung der Erwerbsthätigen nach dem Geschlecht gemacht. Von den 17,6 Millionen Erwerbsthätigen in Deutschland (39 Prozent der Bevölkerung, auf deren geistiger und

körperlicher Arbeit die Entwicklung unseres Volkswohlstandes wesentlich beruht) ist im Ganzen fast ein Viertel weiblichen Geschlechts — nämlich 4,258,405. Dies Verhältniß ist aber in den einzelnen Gruppen sehr verschieden. In der Landwirtschaft ist, da unter den Dienenden und Arbeitern (4,935,301) das weibliche Personal (2,130,290) dem männlichen (2,805,011) an Stärke nahe kommt, fast ein Drittel der Selbstthätigen weiblich. In verschiedenen anderen Gruppen übersteigt der weibliche Antheil sogar ein Drittel. Er beträgt nämlich bei der Gruppe „Lohnarbeit wechselnder Art“ 46 Prozent, weil in dieser Gruppe die vielen weiblichen Dienstboten, Arbeit verrichtende Personen, welche nicht im Hause der Herrschaft leben, vorkommen. Bei der Bekleidungsindustrie 43 %, weil hier die Näherinnen, Putzmacherinnen, Wäscherinnen sehr stark vertreten sind; bei der Gast- und Schankwirtschaft 39 %, da hier zwar unter 143,373 Selbstständigen nur 29,900, unter den 134,250 Personen des Dienstpersonals aber 77,820 weibliche sich befinden; bei der Textilindustrie, wo 38 % weibliche Selbstthätige sind, erscheinen dieselben fast in allen Zweigen, als Selbstständige namentlich im Hausbetrieb, stark vertreten. Daß einzelne Berufsgruppen der Industrie, z. B. Baugewerbe (noch nicht 1 %), sowie des Handels und Verkehrs (19 %) nur eine geringe Betheiligung des weiblichen Geschlechts aufweisen, kann nicht befremden, viel eher, daß einzelne davon einen nicht ganz unbedeutlichen Bestand weiblicher Arbeitskräfte haben, so namentlich die Gruppe Bergbau 3 %, die Industrie der Metalle sogar fast 14 %. Letzteres rührt namentlich von der häufigen Verwendung von Arbeiterinnen bei der Verarbeitung edler Metalle (worunter z. B. auch Bijouteriewaaren-Fabrication) her.

Auf 1000 Erwerbsthätige fallen 467,1 in der Land- und Forstwirtschaft Erwerbsthätige, 362,8 in der Industrie und 89,1 im Handel und Verkehr Erwerbsthätige. Im Ganzen kommen etwa 93 Prozent aller Erwerbsthätigen auf Urproduction, Industrie und Handel und Verkehr; etwa 7 Prozent kommen auf die nicht unmittelbar an der Schaffung, Veredlung und Vertheilung von Sachgütern betheiligten Berufszweige. Hier erscheint nun die Gruppe „Öffentlicher Dienst“, welche allein gegen 6 Prozent einnimmt, verhältnißmäßig groß (1,031,125); doch ist hierin die gesammte Armee mit 451,826 Personen enthalten, so daß auf den Staats-, Gemeinde-, Schul-, Kirchendienst und die sog. freien Berufsarten (einschließlich Musik zc.) 579,299 Personen zu rechnen sind.

Personalien.

Der bisherige Regierungsrath von Hausen ist zum Oberregierungsrath ernannt.

Dem zum Militär-Oberpfarrer des VII. Armeekorps ernannten bisherigen Militär-Oberpfarrer beim IX. Armeekorps in Altona, Gotthelf Huhssen, ist der Charakter als Konsistorialrath verliehen worden.

Der bisherige Regierungs-Baumeister Barkhausen ist als etatsmäßiger Professor an der Königl. technischen Hochschule in Hannover angestellt worden.

Der bisherige erste Lehrer am Schullehrerseminar zu Münstermaifeld, Johann Gottfried Modemann, ist zum Seminardirektor daselbst ernannt worden.